BESCHLUSS VI – TSCHECHISCHE REPUBLIK/SCHWEDEN

THEMA : POLITISCHE UND SOZIALE RECHTE

BETRIFFT : DAS GRUNDGESETZ ÜBER DIE MEINUNGSFREIHEIT

DIE GENERALVERSAMMLUNG,

- Feststellend dass die Meinungs- und Pressefreiheit in vielen Ländern bestimmter Regionen der Welt nur wenig geachtet werden,
- Erschüttert über die Manipulation von Informationen durch bestimmte Individuen, Organisationen oder Regierungen zu propagandistischen Zwecken,
- In Erinnerung an ihre Resolution 74/157, im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in der die Generalversammlung "die von den Staaten ergriffenen Maßnahmen [verurteilt], [...] um den Zugang zu Informationen absichtlich zu verhindern oder zu stören [...] mit dem Ziel, die Arbeit [...] der Journalisten zu schädigen, [...] und alle Staaten auffordert, sich solcher Praktiken zu enthalten und sie zu beenden",
- Besorgt vor allem um das Schicksal einiger ehrlicher Bürger und Journalisten, die ungerechtfertigt in ihrem Heimatland oder im Ausland zum Schweigen gebracht, eingesperrt oder misshandelt werden,
- Beschließt die Gründung der Weltorganisation für Meinungsfreiheit (WOMF) mit dem Ziel:
- absurdeste Formen der Zensur zu beenden, wie sie beim Blaspheemie, bei der Karikatur oder bei Meinungsverschiedenheiten in der Politik auftreten;
 - journalistische Fairness durchzusetzen, um berufliche Hindernisse zu überwinden und die sofortige Freilassung jeder Person zu fordern, die zu Unrecht wegen friedlicher Äußerung ihrer Ideen oder Meinungen inhaftiert ist;
 - den Zugang zu Informationen weltweit zu vereinheitlichen und zu erweitern sowie jede Form der Meinungsfreiheit durch die Einrichtung einer weltweiten digitalen und materiellen Zeitung zu fördern, die alle nationalen Presseagenturen umfasst, deren veröffentlichte Artikel von der WOMF validiert werden müssen.

Der französische Text ist maßgebend.